

JAHRBUCH
DES
ÖFFENTLICHEN RECHTS

NEUE FOLGE

DAS ÖFFENTLICHE RECHT DER GEGENWART

JAHRBUCH DES
ÖFFENTLICHEN RECHTS
DER GEGENWART

NEUE FOLGE / BAND 58

HERAUSGEGEBEN VON

PETER HÄBERLE



Mohr Siebeck

Professor Dr. Dr. h. c. mult. Peter Häberle
Universität Bayreuth
Forschungsstelle für Europäisches Verfassungsrecht
95447 Bayreuth

ISBN 978-3-16-150229-3 / eISBN 978-3-16-159065-8
ISSN 0075-2517

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 Mohr Siebeck Tübingen.

Die Annahme zur Veröffentlichung erfolgt schriftlich und unter dem Vorbehalt, daß das Manuskript nicht anderweitig zur Veröffentlichung angeboten wurde. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließende Verlagsrecht. Das Verlagsrecht endet mit dem Ablauf der gesetzlichen Urheberschutzfrist. Der Autor behält das Recht, ein Jahr nach der Veröffentlichung einem anderen Verlag eine einfache Abdruckgenehmigung zu erteilen. Bestandteil des Verlagsrechts ist das Recht, den Beitrag fotomechanisch zu vervielfältigen und zu verbreiten und das Recht, die Daten des Beitrags zu speichern und auf Datenträger oder im Online-Verfahren zu verbreiten.

Dieses Jahrbuch einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Bembo-Antiqua belichtet, auf alterungsbeständiges Papier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Inhaltsverzeichnis

*60 Jahre deutsches Grundgesetz (Zweite Folge)**

CONSTANCE GREWE: Das deutsche Grundgesetz aus französischer Sicht	1
Vgl. NF 54 (2006), 307; Fromont; NF 52 (2004), 1; Grewe	
FRANCISCO BALAGUER CALLEJÓN/MIGUEL AZPITARTE SÁNCHEZ: Das Grundgesetz als ein Modell und sein Einfluss auf die spanische Verfassung von 1978	15
Vgl. NF 56 (2008), 479; Azpitarte; NF 57 (2009), 601; Balaguer Callejón; NF 52 (2004), 11; Balaguer Callejón; NF 51 (2003), 587; Häberle	
FAUSTO DE QUADROS: Der Einfluss des Grundgesetzes auf die portugiesische Verfassung aus der Sicht eines portugiesischen Verfassungsrechtlers	41
Vgl. NF 45 (1997), 485; Cardosa da Costa	
KOSTAS CHRYSOGONOS/LINA PAPADOPOULOU: Die Ausstrahlung der Menschen- würdegarantie des Grundgesetzes auf die griechische Verfassung.	53
Vgl. NF 51 (2003), 513; Venizelos; NF 50 (2002), 433; Chyssogonos/Hansmann	
HENK BOTHA: Learning to Live with Plurality and Dissent: The <i>Grundgesetz</i> in South Africa.	73
Vgl. NF 47 (1999), 467; Lücke, m. w. N.	
GILMAR MENDES: Die 60 Jahre des Bonner Grundgesetzes und sein Einfluss auf die brasilianische Verfassung von 1988.	95
Vgl. NF 50 (2002), 557; Sangmeister m. w. N.	

Abhandlungen

WALTER SCHMITT GLAESER: Wer herrscht in der Demokratie?	119
NIELS PETERSEN: Demokratie und Grundgesetz	137
RAÚL GUSTAVO FERREYRA: Basic Aspects of the Constitutional Law: System; Freedom, Equality and Solidarity; Theory	173
MEINHARD SCHRÖDER: Der Umweltschutz in den Verfassungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.	195
Vgl. NF 56 (2008), 1; Kloepfer	

* Erste Folge in JöR 57 (2009), S. 1 bis 87.

URS SAXER: Politische Kommunikation des Staates	209
JUTTA STENDER-VORWACHS: Die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste . . .	235
ANDREAS GLASER: Steuerwettbewerb in föderalen Staaten in rechts- vergleichender Perspektive	251
FRANZ REIMER: Adverse Publizität. Der Pranger im Verwaltungsrecht	275
PETER HÄBERLE: Kommunale Selbstverwaltung unter dem Stern des Gemeineuropäischen Verfassungsrechts	301
PETER HÄBERLE: Das retrospektive Lissabon-Urteil als versteinemde Maastricht II-Entscheidung	317

Die Staatsrechtslehre in Selbstdarstellungen

RUDOLF BERNHARDT: Staatsrecht im internationalen Verbund	337
Vgl. NF 32 (1983), 31: von Simson; NF 33 (1984), 151: Burdeau; NF 34 (1985), 71: Klinghoffer; NF 35 (1986), 125: Jahreiß	

Berichte

Entwicklungen des Verfassungsrechts im europäischen Raum

HÜSEYİN YILDIZ: Der neue türkische Verfassungsentwurf und die daraus resultierenden Einflüsse auf die demokratische Entwicklung der Türkei	353
Vgl. NF 32 (1983), 507: Hirsch	
LEWAN ISORIA: Verfassungsentwicklung in Georgien	387
Vgl. NF 46 (1998), 406: Dokumentation (1995); NF 43 (1995), 105: Häberle	
PETER HÄBERLE: Das europäische Georgien	409
FABIAN RAUSCH: Die Geschichte der Meinungs- und Pressefreiheit in Frankreich und Belgien bis 1914	419
Vgl. NF 36 (1987), 121: Senelle m. w. N.	
PETER HÄBERLE: Konstitutionelles Regionalismus-Recht – die neuen Regionalstatute in Italien	443
Textanhang: Dokumentation neuer italienischer Regionalstatute Vgl. NF 50 (2002), 331: Luther; NF 54 (2006), 569: Häberle	

*Entwicklungen des Verfassungsrechts im außereuropäischen Raum**I. Amerika*

- MARCOS AUGUSTO MALISKA: Die Geschichte des brasilianischen Föderalismus . . . 617
 Vgl. NF 38 (1989), 447: Caubet

II. Asien

- NASEEF NAEEM: Die bundesstaatliche Ordnung der Verfassung der Vereinigten Arabischen Emirate 633
- KOLJA NAUMANN: Die verfassungsgerichtliche Entwicklung des Grundrechtsschutzes in der Republik Korea 685
 Vgl. NF 52 (2004), 93: Huh
- TASIA WALTER: Die Entstehung der Verfassung der Islamischen Republik Afghanistans vom 4. Januar 2004 713
 Vgl. NF 35 (1986), 509: Moltmann; 37 (1988), 741: Moltmann
- Sachregister 759

60 Jahre deutsches Grundgesetz (Zweite Folge)

Das deutsche Grundgesetz aus französischer Sicht

von

Prof. Dr. Constance Grewe*, Universität Straßburg

Das GG, obwohl anfänglich bloß ein Provisorium, ist nunmehr schon 60 Jahre alt und hat, trotz mannigfaltiger textlicher Änderungen, trotz zahlreicher verfassungsgerichtlicher Fortentwicklungen, seine Grundausrichtung beibehalten. Wie sieht und beurteilt man in Frankreich diese Verfassung, ihre Auslegung und Anwendung?

1. Die Beantwortung dieser Frage erfordert ein behutsames Herantasten. Zunächst ist festzuhalten, dass die deutsche Sprache¹ und vor allem die juristische Fachsprache hier ein erstes nicht zu unterschätzendes Hindernis darstellt. Viele französische Studierende geben zu, dass sie zwar Deutsch gelernt haben, doch unfähig sind, eine deutsche Gerichtsentscheidung zu verstehen. Von daher ist es leicht zu begreifen, dass das Verfassungsrecht der USA und des Vereinigten Königreichs spontan mehr Interesse erwecken als das deutsche. Außerdem existiert eine französische Version des Grundgesetzes zwar bereits seit geraumer Zeit, die wichtigsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aber werden erst seit kurzem auf Englisch und fast überhaupt nicht auf Französisch übersetzt². Zudem kann man kaum erwarten, dass die eigenen – hier die deutschen – Entwicklungsphasen in ihren Feinheiten im Ausland – in Frankreich – wahrgenommen werden, so wie auch die Veränderungen des französischen Rechts und der Lehre kaum oder nur zögernd in Deutschland Beachtung finden.

2. Diese Betrachtungen führen zur Frage, wie der Blickwinkel bestimmt werden soll, mit anderen Worten, welche Art von Kommunikation die Sicht des Grundgesetzes impliziert. Schematisch kann es sich hier um drei Intensitätsgrade handeln: Kenntnisnahme des deutschen Verfassungsrechts, also Information vor allem; Dialog und Einfluss, die auf einer gewissen Gegenseitigkeit beruhen; und schließlich Gedankenaustausch, d. h. eine regelrechte Auseinandersetzung mit dem anderen Sys-

* Professorin an der Universität Strasbourg, Institut de recherche Carré de Malberg (IRCM).

¹ Bekanntlich lernen immer weniger Franzosen Deutsch und immer weniger Deutsche Französisch.

² Siehe die Website des Bundesverfassungsgerichts. Dagegen wird die Website des französischen Verfassungsrats seit mehreren Jahren auch in einer deutschen und einer englischen Version angeboten.

tem. Die Kenntnisnahme von einem ausländischen Recht stellt sich vor allem als eine quantitative Frage der „Berichterstattung“ dar. Sie ist die unabdingliche doch ungenügende Voraussetzung für eine Meinungsbildung über das andere System, d. h. für eine Beurteilung des deutschen Grundgesetzes aus französischer Sicht. Dialog, Einfluss und Gedankenaustausch hingegen bilden qualitative Faktoren, die ein Wissen voraussetzen, ein Gespräch anknüpfen und in eine Auseinandersetzung mit der anderen Rechtsordnung münden. Sie hängen eng mit der eigenen Rechtskultur zusammen und mit dem, was als interessant und/oder veränderungswürdig empfunden wird. Die quantitativen und qualitativen Aspekte lassen sich jedoch nur schwer trennen, sie stehen in einer permanenten Interaktion. Die Berichterstattung geht teils der Meinungsbildung voraus, hängt aber teilweise auch von der Meinung ab: Es wird vor allem informiert über das, was aus eigener Sichtweise erwähnenswert erscheint.

3. Schließlich ist klarzustellen, wer in diesem Fall die französische Sicht verkörpern soll. Die feinste Sicht ist natürlich die der französischen Spezialisten für deutsches Recht; sie erscheint jedoch nicht repräsentativ genug. Am anderen Extrem befinden sich diejenigen, die eine juristische Grundausbildung absolviert haben, doch keinen spezifisch juristischen Beruf ausüben; deren Sicht scheint ebenfalls an mangelnder Repräsentativität, diesmal der Aussagekraft ihrer Meinungen, zu leiden. Bleiben also die Praxis, in erster Linie Richter und Anwälte, sowie die Lehre. Sie sollen hier im Vordergrund stehen, wobei die Äußerungen der ersteren viel seltener sind und oft nur mittelbar in die juristische Öffentlichkeit dringen, während die Aufgabe der Lehre darin besteht, Wissen zu verbreiten und zu vermitteln; insofern erscheint sie als „erstverantwortlich“ für den Blick auf Deutschland. Die französische Lehre hat sich jedoch mindestens ebenso verändert und entwickelt wie die deutsche. Infolgedessen würde ich wagen zu behaupten, dass die französische Sicht des Grundgesetzes mehr von der Entwicklung der französischen Verfassungslehre, der -rechtsprechung und des -rechts abhängt als von den Veränderungen des Grundgesetzes, der deutschen Rechtsprechung oder Lehre.

4. Die verschiedenen Vorstellungen vom deutschen Grundgesetz, bildlicher die verschiedenen Brillen, aus denen dieses gesehen wird, sollen in den folgenden Ausführungen in vier Etappen geschildert werden: Die erste einer fast völligen Blindheit, in der das Grundgesetz weitgehend ignoriert wird, dauert von den Nachkriegsjahren bis kurz nach Inkrafttreten der Verfassung der V. Republik (1949–1965). Die verzerrte Sicht der zweiten Etappe, gekennzeichnet durch ihre vornehmlich politikwissenschaftliche Orientierung, erstreckt sich von 1965 bis circa 1975/1980. In der dritten findet eine beträchtliche Annäherung statt; die französische Lehre findet zum substanziellen Recht zurück, indem sie sich besonders auf die Rechtsprechung konzentriert. Diese Phase dauert heute noch an, so dass die vierte Etappe entweder in der Zukunft liegt – dies ist die optimistische Annahme – oder eine Utopie darstellt – eine etwas pessimistischere Perspektive –, jedenfalls zeigen möchte, was in der gegenwärtigen Kommunikation noch fehlt.

I. Blindheit: die Brille der Nachkriegszeit (1949–1960)

Wie bezeichnend, dass der deutsch-französische Gedankenaustausch am intensivsten nach 1871 war, zu einem Zeitpunkt, wo die Franzosen einen Krieg gegen Deutschland verloren hatten, aber auch das vergleichende öffentliche Recht entdeckt wurde. Bedeutende französischsprachige Juristen, wie Duguit, Esmein, Carré de Malberg und Mirkine-Guetzevitch halten in dieser Epoche den Kontakt mit deutschen Kollegen aufrecht und berichten dem französischen Publikum in kritischen Kommentaren³. Diese Periode endet mit dem zweiten Weltkrieg. Diesmal hat Deutschland verloren; das Zeitalter der großen Klassiker und des Gedankenaustausches ist vorbei. Der Akzent liegt in beiden Ländern auf der Beschäftigung mit dem nationalen Recht. In der Folgezeit findet eine regelrechte bibliographische Inflation statt, die bewirkt, dass der einzelne Autor bedeutend weniger Einfluss ausübt: Duguit, Esmein und alii müssten sich also verzehnfachen, um annähernd denselben Dialog hervorzubringen.

Die Periode von 1949 bis 1960/65 zeichnet sich durch eine vor allem institutionelle Ausrichtung der französischen Lehre aus, die natürlich auch durch die Labilität der IV. Republik bedingt war. Infolgedessen bestand kaum ein Interesse für das deutsche Verfassungsrecht. Die IV. Republik steht für Schwäche des politischen Systems, sowohl im Innern als auch im Äußern. Man denke an die gravierenden Probleme mit den Kolonien, an den Krieg in Indochina und später den Algerienkrieg. Andere Charakteristika der IV. Republik sind Regierungsinstabilität, Vielzahl der politischen Parteien und andauernde Diskussionen über Verfassungsänderungen, die die gewünschte Stabilität fördern sollten. Diesem schwachen vom Vorrang des Parlaments bestimmten Regime folgte dann 1958 im Zuge des Algerienkrieges die V. Republik, im Gegensatz zu der IV. von der Aufwertung der Exekutive und einer beeindruckenden Stabilität geprägt.

Die Lehre war nach dem zweiten Weltkrieg verständlicherweise ganz auf das eigene System und dessen augenscheinliche Mängel fixiert. Die juristische Standardliteratur, d. h. die gängigen Lehrbücher⁴ und die Veröffentlichungen der größten Zeit-

³ Siehe dazu M. SCHÖNBERGER, *Penser l'Etat dans l'Empire et la République: Critique et réception de la conception juridique de l'Etat de Laband chez Carré de Malberg*, in: *Annales de la Faculté de droit de Strasbourg*, Presses universitaires de Strasbourg, 1997, 255.

⁴ Es wurden die gängigsten Lehrbücher von 1949 bis heute ausgewertet:

Aus den 40er und 50er Jahren: G. BURDEAU, *Cours de droit constitutionnel*, L. G. D. J., 3. Aufl. 1944; G. LIET-VEAUX, *Manuel élémentaire de droit constitutionnel*, Rousseau, 1949; J. LAFERRIERE, *Manuel de droit constitutionnel*, Domat-Montschrestien, 2. Aufl. 1947; G. VEDEL, *Manuel élémentaire de droit constitutionnel*, Sirey 1949; R. PINTO, *Eléments de droit constitutionnel*, 2. Aufl. Morel & Corduant, Lille 1952; G. BURDEAU, *Manuel de droit constitutionnel*, 6. Aufl. L. G. D. J., 1952; M. DUVERGER, *Droit constitutionnel et institutions politiques*, P. U. F. Thémis, 1955.

Aus den 60er Jahren: M. DUVERGER, *Institutions politiques et droit constitutionnel*, 7. Aufl. P. U. F. Thémis, 1963; A. HAURIOU, *Droit constitutionnel et institutions politiques*, Montchrestien/Domat, 1965; P. LALUMIERE, A. DEMICHEL, *Les régimes parlementaires européens*, P. U. F. Thémis, 1966.

Aus den 70er Jahren: M. PRELOT, *Institutions politiques et droit constitutionnel*, 5. Aufl. PrécisDalloz, 1972; P. PACTET, *Institutions politiques et droit constitutionnel*, 3. Aufl. Masson, 1974; J. CADART, *Institutions politiques et droit constitutionnel*, 2 Bände., L. G. D. J., 1975; G. BUREAU, *Droit constitutionnel et institutions politiques*, 17. Aufl. L. G. D. J., 1976; M.-H. FABRE, *Principes républicains de droit constitutionnel*, 3. Aufl. L. G. D. J., 1977.

schriften⁵ bezeugen dies in erstaunlicher Übereinstimmung. Das Verfassungsrecht wurde in fast allen Lehrbüchern nach ähnlichen Mustern und Gliederungen behandelt. Dies hatte seinen Grund darin, dass es bis 1968 nationale in ministeriellen Verordnungen geregelte Lehrprogramme für das juristische Studium gab. In einer Reform von 1954⁶ zur juristischen Grundausbildung wurde eine Vorlesung über Verfassungsrecht in den beiden ersten Semestern vorgeschrieben, deren Programm folgendermaßen formuliert war: Allgemeine Theorie des Verfassungsrechts, die Grundrechte, die wichtigsten ausländischen politischen Systeme – meist die USA, Großbritannien und oft die Schweiz –, französische Verfassungsgeschichte, das geltende Verfassungsrecht. Die Reform von 1962⁷ behält diese Grundzüge bei, führt allerdings das verfassungsrechtliche Programm sehr viel detaillierter auf.

Zu dieser Zeit wecken also das Ausland im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen kaum die Aufmerksamkeit der französischen Verfassungsrechtler. Der deutsch-französische Dialog ist abgebrochen. Die Auswertung der juristischen Standardliteratur ergibt, dass auch die Berichterstattung durch die Lehrbücher zum großen Teil unterbrochen ist, so dass nur in Monographien⁸ Informationen über das

Aus den 80er Jahren: M. DUVERGER, *Institutions politiques et droit constitutionnel*, Bd. 1, *Les grands systèmes politiques*, 16. Aufl. P.U.F. Thémis, 1980; CH. CADOUX, *Droit constitutionnel et institutions politiques*, 2 Bände, 2. und 3. Aufl. Cujas, 1982 und 1988; CH. DEBBASCH, J. BOURDON, J.-M. PONTIER, J.-C. RICCI, *Droit constitutionnel et institutions politiques*, Economica, 1983; J. GICQUEL, A. HAURIU, *Droit constitutionnel et institutions politiques*, 8. Aufl. Montchrestien/Domat, 1984; B. CHANTEBOUT, *Droit constitutionnel et Science politique*, 8. Aufl. A. Colin, coll. U, 1988.

Aus den 90er Jahren: M. PRELOT, J. BOULOUIS, *Institutions politiques et droit constitutionnel*, 11. Aufl. Précis Dalloz, 1990; M. DUVERGER, *Institutions politiques et droit constitutionnel*, Bd. 1, *Les grands systèmes politiques*, 18. Aufl. P.U.F. Thémis, 1990; PH. LAUVAUX, *Les grandes démocraties contemporaines*, P.U.F. Droit fondamental, 1990, 2. Aufl. 1998; B. CHANTEBOUT, *Droit constitutionnel et Science politique*, 10. Aufl. A. Colin, coll. U, 1991 und 15. Aufl. 1998; Y. MENY, *Politique comparée*, 3. Aufl. Montchrestien/Domat, 1991 und 5. Aufl. 1996; LE MONG NGUYEN, *Les systèmes démocratiques contemporains*, 3. Aufl. STH, 1992; O. DUHAMEL, *Les démocraties*, Le Seuil/Points, 1993; J. GICQUEL, *Droit constitutionnel et institutions politiques*, 12. Aufl. Montchrestien/Domat, 1993 und 14. Aufl. 1995; D. TURPIN, *Droit constitutionnel*, 2. Aufl. P.U.F. 1er cycle, 1994; G. BURDEAU, F. HAMON, M. TROPER, *Droit constitutionnel*, 24. Aufl. L.G.D.J., 1995; PH. ARDANT, *Institutions politiques et droit constitutionnel*, 7. Aufl. L.G.D.J., 1995; C. LECCLERCQ, *Droit constitutionnel et institutions politiques*, 9. Aufl. Litec, 1995; P. PACTET, *Institutions politiques, Droit constitutionnel*, 15. Aufl. A. Colin, coll. U, 1996; H. PORTELLI, *Droit constitutionnel*, Dalloz/Cours, 1996; E. ZOLLER, *Droit constitutionnel*, 2. Aufl. P.U.F. coll. Droit Fondamental, 1999.

Aus den Jahren 2000 bis 2009: D. CHAGNOLLAUD, *Droit constitutionnel contemporain*, 2 Bde, Bd. 1, *Théorie générale, Les grands régimes étrangers*, 2. Aufl. A. Colin, 2001; V. CONSTANTINESCO, S. PIERRE-CAPS, *Droit constitutionnel*, 3. Aufl. Thémis P.U.F. 2007; L. FAVOREU, P. GAIA, R. GHEVONTIAN, J.-L. MESTRE, O. PFERSMANN, A. ROUX, G. SCOFFONI, *Droit constitutionnel*, 7. Aufl. Précis Dalloz 2004; A.-M. LE POURHIET, *Droit constitutionnel*, Economica 2007; B. MATHIEU, M. VERPEAUX, *Droit constitutionnel*, P.U.F. coll. Droit Fondamental, 2004; D. ROUSSEAU, A. VIALA, *Droit constitutionnel*, Montchrestien, Pages d'Amphi 2004.

⁵ Die für das Verfassungsrecht wichtigsten Zeitschriften sind die R. D. P. (*Revue du droit public et de la science politique*), seit 1990 die RFDC (*Revue française de droit constitutionnel*) und die AIJC (*Annuaire international de justice constitutionnelle*).

⁶ Verordnung vom 27. 3. 1954, D. n° 54–343, JO 28. März, 2966.

⁷ Verordnung vom 6. 7. 1962, D. n° 62–767, geändert durch ein Arrêté vom 8. August 1962, JO 10. August 1962, 7973.

⁸ Ohne hier die gesamte französische Bibliographie über deutsches Verfassungsrecht aufnehmen zu können, seien einige besonders wichtige oder bekannte Bücher genannt: CH. EISENMANN, *Bonn et Weimar: deux constitutions de l'Allemagne*, La Documentation française Nr. 1337, 1950; C. LASSALLE, *Le fédé-*

Grundgesetz, den Föderalismus, die Verfassungsgerichtsbarkeit und den Bundeskanzler zu finden sind und nur in einzelnen Zeitschriftenartikeln⁹ über Verfassungsgerichtsbarkeit, Parlamentarismus, Wahlverfahren und Bundespräsident berichtet wird.

II. Verzerrung: die Brille der Politologie (1965–1975)

Später, ungefähr zu Beginn der V. Republik (1960–1965), beginnen die französischen Juristen, sich für ausländische Systeme zu öffnen. Die Verfassungslehre tendiert zunehmend zu politikwissenschaftlichen Analysen der Institutionen; diejenigen Verfassungsrechtler, deren Interesse eher einer juristischen Dogmatik gilt, wechseln zu diesem Zeitpunkt zum Verwaltungsrecht über. Für die politologische Tendenz ist das Lehrbuch von M. Duverger¹⁰ besonders repräsentativ.

Obwohl den Universitäten 1968 eine gewisse wissenschaftliche und pädagogische Autonomie¹¹ verliehen wurde, hielt sich die Mehrzahl der Hochschullehrer und damit auch der Lehrbücher an das frühere Programm. Dieses dominiert auch heute noch, erst in letzter Zeit weichen mehr Autoren von diesem Schema ab¹². Dies hat zur Folge, dass die Darstellung des ausländischen vom französischen Recht getrennt wird und insoweit die Vergleiche sowohl mit dem französischen Recht als auch mit der allgemeinen Theorie nicht unbedingt begünstigt werden. Der dem ausländischen Recht gewidmete Teil ist je nach Geschmack des Autors mehr oder weniger ausführlich. Wie wird nun das deutsche Grundgesetz in dieser Literatur dargestellt?

Der Anbruch der V. Republik und die fortschreitend politikwissenschaftliche Orientierung der Lehre bewirken, dass die neuen Lehrbücher oder die Neuauflagen der früheren das Grundgesetz erwähnen und kurz darstellen (circa 4 Seiten). Besonders zu bemerken ist hier das 1966 erschienene Buch von P. Lalumière et A. Demichel über die europäischen parlamentarischen Regierungssysteme¹³, das sowohl die Neuorientierung der Lehre dokumentiert als auch die substanzialsten Ausführungen zum deutschen Verfassungsrecht enthält. Was in dieser Phase die französische Lehre besonders beschäftigt, ist die Frage, inwieweit rechtliche Regelungen das Spiel der

ralisme dans la République fédérale allemande, Paris 1954; CHENUT, *La justice constitutionnelle en Allemagne et le Tribunal constitutionnel de Karlsruhe*, Thèse Paris 1956; A. GROSSER, *La démocratie de Bonn*, A. Colin, Paris 1958; J. DE SOLAGES, *Les institutions fédératives de l'Allemagne occidentale*, Reims 1959; J. AMPHOUX, *Le Chancelier fédéral dans le régime constitutionnel de la République fédérale d'Allemagne*, L.G.D.J., Paris 1962.

⁹ So insbesondere: C. LASSALLE, *Le Tribunal constitutionnel fédéral et la réorganisation des Länder en Allemagne du Sud-Ouest*, R.D.P. 1952, 396; C. LASSALLE, *Les limites du contrôle de constitutionnalité des lois en Allemagne occidentale*, R.D.P. 1953, 106; K. LOEWENSTEIN, *La constitutionnalité des traités instituant la CED aux termes de la Constitution de Bonn*, R.D.P. 1955, 632; G. HERAUD, *L'arrêt du Tribunal constitutionnel fédéral allemand du 4 mai 1955 et le statut de la Sarre*, R.D.P. 1955, 880; W. LEISNER, *La conception du politique selon la jurisprudence de la Cour constitutionnelle allemande*, R.D.P. 1961, 754.

¹⁰ M. DUVERGER, *Institutions politiques et droit constitutionnel*, 7. Aufl. P.U.F. Thémis, 1963.

¹¹ Gesetz Nr. 68-978 vom 12. November 1968, JO 13. 11. 1968, 10579 bestätigt durch das Gesetz Nr. 84-52 vom 26. Januar 1984, JO 27. 1. 1984, 431.

¹² So vor allem die Lehrbücher von FAVOREU et alii, von CONSTANTINESCO/PIERRE-CAPS und von ZOLLER.

¹³ P. LALUMIERE, A. DEMICHEL, *Les régimes parlementaires européens*, P.U.F. Thémis, 1966.

politischen Kräfte zu bändigen oder gar zu ändern vermögen. In ihrer großen Mehrzahl umgehen jedoch die Kommentatoren die Antwort auf diese Frage mit dem Hinweis auf das gute Funktionieren des deutschen politischen Systems, das diese Art von Rationalisierungsinstrumente nicht braucht¹⁴. Dies gilt insbesondere für das als besonders einfallsreich gelobte deutsche System des Misstrauensvotums¹⁵, was aber gleichzeitig als heterodox in einem parlamentarischen Regierungssystem betrachtet wird, vor allem in der Verbindung mit dem Gesetzesnotstand, eine andere in französischen Lehrbüchern vorgestellte Institution. Sodann gilt die Aufmerksamkeit französischer Autoren dem deutschen Parteiensystem und deren Koalitionen. Stärker juristische Problemkreise wie der Föderalismus, die Verfassungsgerichtsbarkeit, das Verfassungskonzept oder die Grundrechte sind zu diesem Zeitpunkt in der französischen Standardliteratur abwesend.

So ist es auch nicht verwunderlich, wenn bis zu den 80iger Jahren etwaige Entwicklungen des deutschen Grundgesetzes, z.B. die zunehmenden Bundeskompetenzen im Föderalismus, höchstens von Spezialisten¹⁶ wahrgenommen werden. Dies ändert sich Mitte der 70er, Anfang der 80er Jahre.

III. Annäherung: die Brille der Gerichtsentscheidungskommentare (1975/80–2009)

Die Rückbesinnung auf das substanzielle Recht und damit auch auf das vergleichende Recht findet erst statt, nachdem sich der französische Verfassungsrat dazu entschieden hat, die Menschen- und Bürgerrechtserklärungen in die Verfassungskontrolle zu integrieren¹⁷ (1971). Damit wird dem deutsch-französischen Dialog ein neues Fenster geöffnet, auch wenn viele Hindernisse noch immer die Tür versperren.

1. Das französische Verfassungsrecht hat seit den 70iger Jahren viele Veränderungen erfahren, die nichtsdestotrotz von seiner Stabilisierung zeugen. Zum Einen sind in diesem Zusammenhang die Reformen der Dezentralisierung¹⁸ zu erwähnen, die den klassischen französischen Zentralismus weitgehend abgeschwächt haben. Diese Reform hätte die französischen Juristen dazu bewegen können, sich intensiver

¹⁴ Eine der seltenen Debatten über das Verhältnis zwischen Politik und Recht fand Anfang der 90iger Jahre in der Zeitschrift „*Le Débat*“ statt: „Le Droit contre la Politique“, 1991, 158.

¹⁵ Diese Institution ist jedoch später in mehreren französischen Gebietskörperschaften übernommen worden; so in Korsika (Gesetz Nr. 91-428 vom 13. Mai 1991, JO 14. Mai, 6318) und im französischen Polynesien (Gesetz Nr. 84-820 vom 6. September 1984 JO 7. September, 2831).

¹⁶ Siehe insbesondere den ausführlichen Artikel von M. FROMONT: R.D.P. 1970, 535 sowie die Bücher von C. AUTEXIER, *L'administration de l'enseignement en République fédérale d'Allemagne*, L.G.D.J., Paris 1974; A. MOSTER, PH. MARCESSON, J. ANASTOPOULOS, *Etudes et documents de droit budgétaire fédéral (Allemagne fédérale, Etats-Unis, U.R. S. S.)*, L.G.D.J., Paris 1974; C. GREWE, *Le fédéralisme coopératif en République fédérale d'Allemagne*, Economica, Paris 1981.

¹⁷ Darüber näher C. GREWE, „Die Grundrechte und ihre richterliche Kontrolle in Frankreich“, *EuGRZ* 2002, 209.

¹⁸ Den wichtigen gesetzlichen Reformen der Jahre 1981 bis 1983 folgte 2003 eine Verfassungsänderung (Verfassungsgesetz Nr. 2003-276 vom 28. März 2003, JO 29. März, 5568) über die dezentralisierte Organisation der französischen Republik.

mit dem deutschen Föderalismus zu befassen; dies ist teilweise¹⁹ geschehen, doch hauptsächlich mit dem Blick auf Europa²⁰. Ein zweites Reformpaket betrifft die Verfassungsgerichtsbarkeit²¹ mit dem Ausbau der Anrufungsmöglichkeiten des Gerichts durch die Opposition und kürzlich (2008) die Einführung einer konkreten Normenkontrolle²². In der Tat wächst das Interesse für die Verfassungsgerichtsbarkeit in diesem Zeitraum beträchtlich. Eine dritte besonders wichtige Änderungsreihe befasst sich mit Europa²³ und hat die Ermächtigungen zu den verschiedenen durch die EU-Änderungsverträge bedingten Zuständigkeitsübertragungen zum Gegenstand. Auch diese Veränderungen eignen sich für einen französisch-deutschen Dialog über Europa-Klauseln und Grenzen der Zuständigkeitsübertragungen. Viertens wurde im Jahre 2005 die Charta für Umweltschutz²⁴ der Verfassungspräambel beigefügt, ein Thema, das bereits reichlich in Deutschland diskutiert worden war. Die fünfte größere Veränderung ist im Juli 2008²⁵ erfolgt, wo über die Hälfte der Verfassungsbestimmungen revidiert wurden, wobei vor allem die Aufwertung des Parlaments im Vordergrund stand. Diese Modernisierung der französischen Verfassung wirft selbstverständlich die Frage auf, inwieweit sie auf Rechtsvergleichen, insbesondere mit dem Grundgesetz, beruhen. Alle diese für Frankreich ungewöhnlich zahlreichen Verfassungsreformen stehen in einem Wechselverhältnis zur Lehre: Teils inspiriert die Verfassungsreform die Lehre, teils wird die Verfassungsreform durch die Lehre inspiriert und könnte insofern mittelbar deutschem Einfluss zu verdanken sein.

2. Jedenfalls wird ab Mitte der 70iger Jahre, vor allem aber mit Beginn der 80iger, ein Wandel in Gestalt einer Rückkehr zur Rechtswissenschaft in den Lehrbüchern und den Zeitschriften sichtbar. Nannten sich früher die Lehrbücher Verfassungsrecht und politische Institutionen oder gar andersrum, so beginnen nun Publikationen zu erscheinen, die einfach nur den Titel Verfassungsrecht tragen²⁶.

¹⁹ Über eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem allgemeineren Gedanken der Föderation, O. BEAUD, *Théorie de la Fédération*, P.U.F. Léviathan, 2007.

²⁰ Siehe M. CROISAT, *Le fédéralisme dans les démocraties contemporaines*, 2ème éd. Montchrestien/Clefs, Paris 1995; M. CROISAT et J.-L. QUERMONNE, *L'Europe et le fédéralisme*, Montchrestien/Clefs, Paris 1996.

²¹ Das Verfassungsgesetz Nr. 74-904 vom 29. Oktober 1974, JO 30. Oktober, 11035 hat den Kreis der anrufungsberechtigten Personen bei der Gesetzesprüfung auf die Parlamentarier erweitert und das Verfassungsgesetz Nr. 92-554 vom 25. Juni 1992, JO 26. Juni, 8406 hat dies ebenfalls für die Prüfung von völkerrechtlichen Verträgen übernommen.

²² Verfassungsgesetz Nr. 2008-724 vom 23. Juli 2008, Modernisierung der Institutionen der V. Republik, JO 24. Juli, 2.

²³ Das Verfassungsgesetz Nr. 92-554 vom 25. Juni 1992, JO 26. Juni, 8406 fügt in die Verfassung einen neuen Titel XV ein, der die Teilnahme Frankreichs an der EG und der EU vorsieht und die Zuständigkeitsübertragungen des Maastricht Vertrags genehmigt; das Verfassungsgesetz Nr. 99-49 vom 25. Januar 1999, JO 26. Januar, 1343 berechtigt zu den durch den Vertrag von Amsterdam benötigten und vom Verfassungsrat als verfassungswidrig erklärten Zuständigkeitsübertragungen; das Verfassungsgesetz Nr. 2005-204 vom 1. März 2005, JO 2. März, 3696 verfährt in analoger Weise hinsichtlich des Vertrags für eine Verfassung Europas und das Verfassungsgesetz Nr. 2008-103 vom 4. Februar 2008, JO 5. Februar bezieht sich auf den Vertrag von Lissabon.

²⁴ Verfassungsgesetz Nr. 2005-205 vom 1. März 2005, JO 2. März, 3697.

²⁵ Verfassungsgesetz Nr. 2008-724 vom 23. Juli 2008, Modernisierung der Institutionen der V. Republik, JO 24. Juli, 2.

²⁶ Insbesondere die Lehrbücher (siehe Fn. 4) von: D. TURPIN, H. PORTELLI, HAMON/TROPER, E. ZOLLER, FAVOREU (al.), und CONSTANTINESCO/PIERRE-CAPS.

Diese Umorientierung, die ebenfalls zur Folge hat, dass viele Verwaltungsrechtler nunmehr zum Verfassungsrecht zurückkehren, resultiert aus einer ganzen Reihe wichtiger Entwicklungen auf dem Gebiet der Rechtsprechung. In diesem Zusammenhang sind zunächst die Erweiterung und die zunehmende Häufigkeit der französischen verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung zu nennen, sodann die Intensivierung der Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Licht der 1974 erfolgten französischen Ratifizierung der Konvention und der 1981 erteilten Zustimmung zur Individualklage und schließlich die sich auf eine verfassungsgerichtliche Entscheidung²⁷ gründende Entstehung der Vertragsmäßigkeitprüfung von Gesetzen durch die ordentlichen Gerichte, die sogenannte Konventionalitätskontrolle²⁸. Trotz der relativen Bescheidenheit, mit der die französischen Fachgerichte die Rechtsprechung zur EMRK anwenden, ist die Frage berechtigt, ob und inwieweit die Konventionalitätskontrolle mit der verfassungsgerichtlichen Prüfung in Konkurrenz steht oder deren Unterentwicklung korrigiert. Zwar haben die Fachgerichtsentscheidungen im Rahmen der Konventionalitätskontrolle nicht dieselbe Wirkung wie die Entscheidungen des Verfassungsorgans, doch ist der Gegenstand der richterlichen Prüfung – das Gesetz – weitgehend identisch. So kann man durchaus in der Konventionalitätskontrolle einen Ersatz für die fehlende Verfassungsbeschwerde und die bisher abwesende konkrete Normenkontrolle sehen. Daher stellt sich die Frage, ob die kürzlich eingeführte verfassungsgerichtliche konkrete Normenkontrolle für einen späten Ausgleich zugunsten der Verfassungsgerichtsbarkeit sorgen soll. Einzelne Spannungen und Divergenzen zwischen ersteren und dem Verfassungsrat²⁹ deuten jedenfalls darauf hin, dass die Entwicklung der Konventionalitätskontrolle das französische Rechtssystem entscheidend verändert hat³⁰ im Sinne eines sehr viel amerikanischeren Zuschnittes, d. h. sowohl einer Aufwertung der Grundrechte als auch einer sehr viel diffuseren richterlichen Prüfung der Grundrechtsverletzungen.

All diese Faktoren haben dazu beigetragen, dass sich nunmehr die französische Lehre einerseits plötzlich für Grundrechte interessiert, andererseits jedoch, dass dies Interesse weniger in dogmatischen Analysen als in mehr oder weniger rechtspositivistischen Kommentaren der Rechtsprechung zum Ausdruck kommt.

3. Der Umschwung wirkt sich auch auf das Grundgesetz aus: Die Lehrbücher berichten ausführlicher über das deutsche Verfassungssystem (10–20 Seiten), manche widmen ihm sogar ein spezielles Kapitel³¹; die Bücher, Tagungen und Zeitschriftenartikel häufen sich und die Themen werden juristischer und reichhaltiger³².

²⁷ CC 74–54 DC, 15. Januar 1975, Schwangerschaftsunterbrechung.

²⁸ Dazu C. GREWE, Frankreichs Beitrag zur europäischen Verfassungskultur, *JöR* Band 52, Mohr Siebeck, 2004, 43.

²⁹ CE 3. Juli 1996, Koné, Rec. 255, RFDA 1996, 882.

³⁰ So scheint z. B. der Kassationshof der Ansicht zu sein, die Erklärung der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes hindere eine spätere Konventionalitätskontrolle nicht: Cass. 25. 4. 2001, Association Etre enfant au Chesnay/Terki, RFDA 2001, 1055, Kommentar J.-Y. FROUIN und B. MATHIEU.

³¹ So das Lehrbuch von A.-M. LE POURHIEU (20 Seiten); die meisten anderen enthalten längere Ausführungen über die Verfassungsgerichtsbarkeit (FAVOREU, al. und ZOLLER) oder über die parlamentarische Regierungsform (CHAGNOLLEAUD).

³² Die wichtigsten Bücher sind: M. FROMONT et A. RIEG, *Introduction au droit allemand*, tome 1: *Les fondements*, tome 2: *Droit public et droit pénal*, Cujas, Paris 1977 und 1984 sowie das Lehrbuch von C. AUTEXIER, *Introduction au droit public allemand*, P.U.F. Droit fondamental, 1998. Siehe auch: O. JOUAN-

Das institutionelle Recht, vor allem Parlamentarismus, politische Parteien, Föderalismus werden nunmehr auch aus juristischer Perspektive und ebenfalls in ihren historischen und zeitgenössischen Entwicklungen behandelt. So wurden z.B. der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine Dissertation und viele Artikel gewidmet.

Das materielle Recht und hier vor allem die Grundrechte finden ebenfalls eine neue Aufmerksamkeit in der französischen Lehre³³. Die Berichterstattung über die

JAN, *Le principe d'égalité devant la loi en droit allemand*, Economica/PUAM, Paris 1992; O. BEAUD, *La puissance de l'Etat*, P.U.F./Léviathan, Paris 1994 und von demselben Autor, *Les derniers jours de Weimar. Carl Schmitt face à l'avènement du nazisme*, Descartes & Cie, Paris 1997.

Immer mehr *Dissertationen* befassen sich mit deutschem Verfassungsrecht: M.-D. BERNON *La liberté d'association en République fédérale d'Allemagne. Etude de droit comparé (droits allemand et français)* Thèse Nancy II, 1985; W. ZIMMER, *La réunification allemande. Contribution à la théorie du pouvoir constituant*, Thèse Lille II, 1994; F. CHAMBRON BAZAUGOUR, *La portée de la liberté d'information en Allemagne* Thèse Paris II 1994; D. CAPITANT, *Les effets juridiques des droits fondamentaux en Allemagne*, Thèse Paris I 1996; T. AB-LARD, *Le droit d'asile en Allemagne, en France et au Royaume-Uni. Etude comparative*, Thèse Paris I 1997; J. HUMMEL, *Le constitutionnalisme allemand (1815–1918). Le modèle allemand de la monarchie limitée*, Thèse Paris II 1998; A. LE DIVELLEC, *Le parlementarisme allemand*, Thèse Paris II 1998; N. PARRAVICINI, *Les droits des Constitutions allemandes et le processus inter-allemand d'unification*, Thèse Nice 1998; L. SASSO, *Les obligations positives en matière de droits fondamentaux. Etude comparée de droit allemand, européen et français*, Thèse Caen 1999; S. CALMES, *Du principe de protection de la confiance légitime en droits allemand, communautaire et français*, Thèse Paris II 2000; L. HEUSCHLING, *Etat de droit, Rechtsstaat, rule of law: étude de droit comparé*, Thèse Paris I 2000; F.-X. MEINDL, *La notion de droit fondamental dans les jurisprudences et doctrines constitutionnelles française et allemande*, Thèse Montpellier I 2001. A. LE GOFF, *Liberté religieuse et neutralité dans l'enseignement public en France et en Allemagne*, Thèse Paris I 2003; I. MANSUY, *La protection des droits des détenus en France et en Allemagne*, Thèse Paris I 2003; T. RAMBAUD, *Le principe de séparation des cultes et de l'Etat en droit public comparé (analyse des régimes français et allemand)*, Thèse Paris II 2003. T. GEORGIOPOULOS, *La séparation horizontale des pouvoirs en France et en Allemagne à l'épreuve du droit communautaire: la fonction de contre-pouvoir*, Thèse Aix-Marseille III, 2004; C. DE ARANJO, *Les juges de la loi et la garantie des droits de l'Homme. Etude des rapports entre cours constitutionnelles et européennes en France et en Allemagne*, Thèse Paris II, 2005; C. PRAT-ERKERT, *Les demandeurs d'asile politique en Allemagne de 1945 à nos jours: aspects démographiques, politiques, juridiques et sociologiques*, Thèse la Sorbonne nouvelle-Paris III, 2005; V. BARBE, *Le rôle du Parlement dans la protection des droits fondamentaux. Etude comparative: Allemagne, France, Royaume-Uni*, Thèse Paris I, 2007.

Es ist – zum Glück – unmöglich, hier alle französischen *Artikel* über deutsches Verfassungsrecht aufzulisten, wobei noch zwischen Artikeln von französischen Juristen und auf Französisch geschriebenen Artikeln von deutschen Autoren unterschieden werden müsste. Daher wird sich folgende Liste auf Chroniken oder besonders oft zitierte Publikationen beschränken: M. FROMONT berichtet regelmäßig in der R.D.P., manchmal auch in der AIJC, über die deutsche Rechtsprechung und die größeren Reformen. Siehe auch die regelmäßige Chronik über deutsche Verfassungsrechtsprechung in der AIJC. Im übrigen sind zu erwähnen: PH. LAUVAUX et J. ZILLER, *Trente-cinq ans de parlementarisme rationalisé en République fédérale d'Allemagne: un bilan*, RDP 1985, 1023; G. MARCOU, *L'évolution récente du fédéralisme allemand sous l'influence de l'intégration européenne et de l'unification*, RDP 1995, 883; C. AUTEXIER et B. GENIUS-DEVIME, *La Cour constitutionnelle allemande et le traité de Maastricht*, RFDC Nr. 18 (1994), 421; W. ZIMMER, *La réforme du droit d'asile en Allemagne*, RFDC Nr. 19 (1994), 611; H. RABAULT, *La participation de l'armée fédérale allemande aux opérations militaires internationales*, RFDC Nr. 20 (1994), 859; C. GREWE et A. WEBER, *Liberté religieuse et Constitution*, RFDC Nr. 25 (1996), 183 sowie die Sondernummern der RFDC Nr. 8 (1991) über die Wiedervereinigung, „Réunification de l'Allemagne et Constitution“ und Nr. 24 (1995) über die Grundrechte, „Constitution et droits fondamentaux“.

³³ Siehe Fn. 31 sowie die Sondernummer der Zeitschrift AJDA (*Actualité juridique/Droit administratif*) über die Grundrechte und vor allem den Artikel von O. JOUANJAN, *La théorie allemande des droits fondamentaux*, 1998, 44. Siehe auch: P. BON, *La protection constitutionnelle des droits fondamentaux*:

deutsche Verfassungsrechtsprechung findet nunmehr regelmäßig in mehreren Zeitschriften statt und besonders wichtige oder aufsehenerregende Urteile sind Gegenstand besonderer Analysen und Kommentare. Auch wurden in den letzten Jahren mehrere deutsche Werke, sei es Carl Schmitt, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Friedrich Müller oder Peter Häberle, ins Französische übersetzt³⁴. Selbst die deutsche Dogmatik beginnt, Einfluss auf die französische Lehre zu gewinnen, wenn z. B. Konzepte wie der Vorbehalt des Gesetzes, der Kerngehalt der Grundrechte, die Untastbarkeit der Verfassung, deren normativer Charakter, der Rechtsstaat oder der Terminus Grundrecht gebraucht werden und in der Argumentation eine Rolle spielen. Die deutsche Rechtsdogmatik wird hier geradezu als Modell für vergleichende Rechtsstudien betrachtet³⁵. Insofern geht die heutige Sicht des Grundgesetzes über eine bloß quantitative Kenntnisnahme hinaus und lässt sich in die Kategorie des Einflusses einordnen.

IV. Die fehlende Auseinandersetzung mit Grundsätzen und Vorverständnissen

Die französische Lehre und noch mehr die Praxis zeigen sich jedoch der Dogmatik gegenüber recht ablehnend. Die französischen Gerichte sind sehr viel pragmatischer als es ihr Urteilstil vermuten lassen könnte und auch die Lehre ist im Allgemeinen wenig aufgeschlossen für rein dogmatische Diskussionen. Insofern sollte der Gebrauch deutscher Begriffe nicht irre führen: Oftmals werden sie in einem anderen sehr viel weniger präzisen Sinn gebraucht. Hier ist zunächst zu vermerken, dass sich der Begriff „Grundrechte“ (*droits fondamentaux*) nur langsam und mühselig in Frankreich einbürgert. Dies hat sicher nicht nur geschichtliche Gründe³⁶, sondern erklärt sich auch daraus, dass die neue Vorrangstellung der Verfassung nur teilweise begriffen und in die juristische Praxis umgesetzt wurde. So scheint es bezeichnend, dass die Verfassungsänderung zur Einführung einer konkreten Normenkontrolle die Anrufung des Verfassungsrats den obersten Gerichten (Cour de cassation und Conseil d'Etat) vorbehält und dass ein Großteil des deutschen Einflusses im Bereich der

aspects de droit comparé européen in: *La nouvelle République brésilienne*, PUAM/Economica, Paris 1991, 223.

³⁴ C. SCHMITT, *Théorie de la Constitution*, Übersetzung und Vorwort von O. BEAUD, P. U. F. / Léviathan, Paris 1993; E.-W. BÖCKENFÖRDE, *Le droit, l'Etat et la constitution démocratique*. Zusammenstellung, Übersetzung und Einführung von O. JOUANJAN, Bruylant/L. G. D. J. 2000; F. MÜLLER, *Discours de la méthode juridique*, Übersetzung und Einführung von O. JOUANJAN, P. U. F. / Léviathan, Paris 1996; H. KELSEN, *Théorie générale des normes*, Übersetzung und Vorwort von O. BEAUD und F. MALKANI, P. U. F. / Léviathan, Paris 1996; P. HÄBERLE, *L'Etat constitutionnel*, Übersetzung M. RUFFI, C. GREWE, Einführung von C. GREWE, Economica/PUAM 2004.

³⁵ In diesem Sinn: PH. LAUVAUX, *Existe-t-il un modèle constitutionnel européen?*, *Droits* Nr. 14, 1991, 49.

³⁶ Unter der III. Republik, deren Verfassung keine Grundrechte anerkannte, kam der Terminus „libertés publiques“ auf im Hinblick auf die gesetzlich verankerten und geschützten Rechte. Deshalb lag der Schwerpunkt der Lehre auf dem Bemühen, diese Rechte vor Eingriffen der Verwaltung zu schützen.

Sachregister

Bearbeitet von Roland Schanbacher, Richter am Verwaltungsgericht

Die Zahlen verweisen auf die Seiten des Jahrbuchs

- Abchasien** 416
- Abrufdienste** 249
- Abruzzen**
 - Regionalstatut (Text) 588ff.
- abstrakte Normenkontrolle**
 - Brasilien u. Deutschland 106ff.
- Abwehrrechte**
 - Grundrechte (Brasilien) 105
 - Menschenwürde 57f.
- Adalet ve Kalkynma Partisi (AKP)** 353, 367, 370
- Adenauer, K.** 312
- adverse Publizität** 257ff.
 - Beurteilungsmaßstäbe
 - – verfassungs- u. primärrechtliche ~ 289ff.
 - europarechtliche Rahmenbedingungen 296f.
 - im Verwaltungsrecht (Anwendungsfelder) 276f.
 - Rechtsschutz u. Realschutz 283f.
 - Stärken u. Schwächen 283f.
 - Treibhausgas- Emissionshandelsgesetz (TEHG) 280f.
- Ägypten** 748
- Afghanistan**
 - Beratungsprozess 736f.
 - Bevölkerung 715f.
 - Bürgerkrieg 720ff.
 - Bürgerrechte 743
 - „Constitutional Drafting Committee“ 735f.
 - „Emergency Loya Jurga“ 734f.
 - Ethnie 716
 - ethnische Parität (Umsetzung) 745f.
 - Frauenrechte 743f.
 - geographische Lage 715
 - „Great Game“ 717f.
 - Islam 724
 - Islamische Republik 739ff.
 - König Amanullah 726f.
 - Koloniale Grenzziehung (Durand-Linie) 719f.
 - Kolonialmächte 717f.
 - Konstitutionelle Verfassung 1964 (König Zahir Shah) 728
 - Land 715f.
 - Loya Jurga (Verfassungsgebung) 737
 - Menschenrechte (Stellung) 744f.
 - Petersberger Abkommen 729f.
 - – Auszug 754f.
 - – Grundlagen u. Ziele 733f.
 - – praktische Umsetzung 734ff.
 - politische Entwicklung (Tabelle) 751ff.
 - politische Gruppierungen 730f.
 - Rolle der USA 731f.
 - Rolle der Vereinten Nationen 732
 - Staatsgründung 717
 - Staat u. Islam 739ff.
 - Taliban (Herrschaft) 722ff.
 - Verfassung v. 1923 (König Amanullah) 726f.
 - Verfassung v. 1931 (Mohammed Nadir Shah) 727
 - Verfassung von 1977 728
 - Verfassung von 1987 u. 1990 728
 - Verfassung v. 4. 1. 2004 713ff.
 - Verfassungsprozess (Fazit) 737f.
 - Verfassungstradition 725f.
 - wirtschaftliche Situation 724f.
- Amerika**
 - Verfassungsrecht 5617ff.
- Analysen**
 - Umweltschutz 197ff.
- Anglo-Afghanische Kriege** 718ff.
- Apulien**
 - Europa-Artikel 450
 - Regionalstatut (Text) 456ff.
- arabische Stammesgesellschaft**
 - bundesstaatliche Struktur 643f.
- Argentinien**
 - s.a. Constitutional law (basic aspects) 173ff.
 - Constitutional System 175f.
 - human rights 175f.
 - powers of the State 175
 - Staatsgewalten
 - Supreme court of justice 177
 - Verfassungssystem 175
 - Verfassungsrecht (Aspekte) 173ff.
- Asien** 633ff.
- audiovisuelle Mediendienste**
 - Richtlinie über ~ (RiaM) 235ff.
 - – Anwendungsbereich 237ff., 243f.
 - – Herkunftslandprinzip 242
 - – Minderjährigenschutz 247f.

audiovisuelle Mediendienste

- – Neuerungen 237ff.
- – Struktureller Aufbau 236f.

Ausbildung (Georgien) 395f.

- im Umweltschutz 203f.

Ausgabenlasten

- Verteilung (VAE) 672f.

Auslegung

- verfassungskonforme ~ (Korea) 689f.

außereuropäischer Raum

- Verfassungsrecht (Entwicklung) 617ff.

Autarkie

- wirtschaftliche ~ (Vereinigte Arabische Emirate) 670

Azpitarte Sanchez, M. 15ff.**Balaguer Callejon, F.** 15ff.**Behindertenförderung**

- in Korea 706f.

Belgien

- Meinungs- u. Pressefreiheit (bis 1914) 419ff., 437ff.
- Steuerrecht 253ff.
- Verfassung von 1831 437ff.

Bernhardt, R. 337ff.**Berufsfreiheit**

- in Korea
- – Schutzbereich 705f.

Bevölkerung

- von Afghanistan 715f.

Bildung (Georgien) 395f.**Botha, H.** 73ff.**Brand, W.** 312**brasilianische Verfassung (1988)**

- Einfluss des Grundgesetzes 95ff.
- Föderalismus 97f.
- Grundrechte (Systeme) 101ff.
- Kompetenzaufteilung 97f.

brasilianischer Föderalismus (Geschichte)

- 617ff.
- Bundesrepublik 619ff.
- im Kaiserreich 617f.
- Revolution v. 1930 621ff.
- Sozialstaat v. 1946 626f.
- Verfassung v. 1934 622ff.
- Verfassung v. 1937 625f.
- Verfassung v. 1967 628f.
- Verfassung v. 1988 629f.

brasilianisches Verfassungsrecht

- Peter Häberle (Einfluss) 111ff.

Brasilien

- s. a. brasilianischer Föderalismus 617ff.
- s. a. brasilianische Verfassung (1988) 95ff.
- abstrakte Normenkontrolle 106ff.
- Kommunen u. Föderation 631f.
- Kooperativer Föderalismus 630f.

- Oberster Bundesgerichtshof 100, 102ff.
- Supremo Tribunal Federal 100ff., 113

Bryde, B.-O. 159**Bürger**

- Medienabhängigkeit 129

Bürgerkrieg

- in Afghanistan 720ff.

Bürgerrechte

- in Afghanistan 743

Bürgerverantwortung

- Erziehung zur ~ (Georgien) 396

Bürokratismus

- in der Türkei 366

Bund-Emirate-Verhältnis

- Kooperation (Grundsatz) 675ff.

Bundesgericht

- Oberstes ~
- – der Vereinigten Arabischen Emirate 656ff.

Bundesgewalten

- in den Vereinigten Arabischen Emiraten 647f.

Bundesrepublik

- Brasilien 619f.

Bundesrepublik Deutschland

- Vereinigte Arabische Emirate (Vergleich) 636ff.

Bundesstaat

- Brasilien 619f.

bundesstaatliche Ordnung

- Verfassung der Vereinigten Arabischen Emirate v. 2. 12. 1971 (Auszüge) 680ff.

Bundesstaatlichkeit

- der Vereinigten Arabischen Emirate 639ff.

Bundesverfassungsgericht

- Lissabon-Urteil 317ff.
- Luth-Urteil 168
- Menschenwürde 62f.
- Staatskommunikation 227

„Cheks and balances“

- Beeinträchtigung (Türkei) 368

Chryssogonos, K. 53ff.**Code civil** 13**Conseil d'Etat** 10, 13**Constitutional Court**

- of South Africa 78ff., 83

Constitutional law

- of Argentine (basic Aspects) 173ff.
- – fact and rule 181ff.
- – judiciary interpretation 177ff.
- – Knowledge or science 188
- – point of arrival 191f.
- – Subjektive rights 183ff.
- – System 175f.

Convention nationale 424f.**Cour de cassation** 10, 136ff.

- Déclaration des Droits des Belges** 438
Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen 422f.
Deliberation
 – epistemische ~ 168f.
Demokratie
 – deliberative ~ (Theorie) 165f.
 – durch Legitimationsketten 150f.
 – Entscheidungsregel 145f.
 – Folgebereitschaft des Volkes 120f.
 – Herrschaftsausübung 119ff.
 – – Folgebereitschaft des Volkes (Bedingungen) 120f.
 – – Massenmedien (Dominanz) 129f.
 – – politische Führung (Voraussetzungen) 124f.
 – Herrschaftsmodell
 – – „Tun, was geschieht“ 134
 – in Spanien 25ff.
 – Machtmissbrauch (Verhinderung) 160f.
 – pluralistische ~
 – – kommunale Selbstverwaltung 312f.
 – türkische ~
 – – delegative Merkmale 368f., 381f.
 – – illiberale Merkmale ~ 365f., 379f.
 – u. Grundgesetz 137ff.
 – u. Legitimität 140ff.
 – u. Staatskommunikation 215f.
 – Verfassung Georgiens (1995) 398f.
Demokratieförderung
 – Rolle der Verfassung (Türkei) 364f.
Demokratiekonzeption
 – deutsche Staatsrechtswissenschaft 138
Demokratiemodell
 – der epistemischen Deliberation 168f.
 – monistisches ~ (Abkehr) 152
Demokratiemodell (Art 20 II GG) 25
 – Veränderungen 137ff.
Demokratiethorie
 – input – orientierte ~ 147
Demokratiestandnis
 – des BVerfG 331f.
demokratische Entwicklung
 – der Türkei 353ff.
Demokratisierung
 – Rolle der türkischen Verfassung 364f.
 – im türkischen Verfassungsentwurf 379ff.
Determinanten
 – Staatliche Kommunikation 212ff.
deutsche Rechtsordnung
 – Menschenwürde 55ff.
Deutschland
 – abstrakte Normenkontrolle 106ff.
 – u. Georgien
 – – rechtliche Zusammenarbeit 389
 – Steuergesetze 256ff.
- Dimensionen**
 – supranationale ~ (Grundgesetz) 36ff.
Drittwirkung
 – der Grundrechte 77
- EGMR**
 – 11f.
Eigentumsfreiheit
 – in Korea
 – – Inhalt u. Schranken 707ff.
- Emilia Romagna**
 – Regionalstatut 445ff.
 – – Textanhang 543ff.
- Emirate**
 – Vereinigte Arabische ~ (VAE) 633ff.
- ENA** 14
- Entscheidungen**
 – politische ~
 – – Rationalität 162
- Entscheidungsregel**
 – der Demokratie 145f.
- Entwicklung**
 – politische (Afghanistan) 751ff.
- Enzyklopädie**
 – des Völkerrechts 345f.
- epistemische Deliberation** 168
- Erziehung (Georgien)** 395f.
- EU-Fernsehrichtlinie** 235
- Europa**
 – der Kommunen 312
 – kommunale Selbstverwaltung 302ff., 307f.
 – u. Georgien 409ff.
 – Verfassungsrecht (Entwicklung) 353ff.
- Europa-Artikel**
 – Regionalstatute (Italien) 450
 – Verfassung Georgiens 416
- Europäischer Grundrechtecharta**
 – integrationspolitischer Ausblick (Art 37) 205ff.
- europäische Integration** 51
- Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)** 346ff.
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)** 11f., 14
 – Richter des ~ 346ff.
- Europäische Union (EU)**
 – Beitritts-Prozess (Türkei) ~ 382f.
 – Umweltschutz 195ff.
 – Verbandskompetenz
 – – adverse Publizität 296f.
 – – Verband
- Europaklausel**
 – in der spanischen Verfassung 33ff.
- Europarat**
 – kommunale Selbstverwaltung 307ff.

EU-Staaten

– Umweltschutz 195ff.

Fernsehen 244f., 248

Ferreira, R. G. 173ff.

Finanzordnung

– der Vereinigten Arabischen Emirate 669ff.

Finanzverfassung

– von Belgien 253

Finanzverfassungsrecht

– in Deutschland 256ff.

Föderalismus

– brasilianischer ~ (Geschichte) 617ff.

– in der brasilianischen Verfassung 87f.

– in Italien 443f.

– kooperativer ~ (Brasilien) 630f.

– kooperationsorientierter ~ 98

Föderalstaaten

– Steuerwettbewerb 251ff.

Föderation

– u. Kommunen (Brasilien) 631f.

Forschung

– im Umweltschutz 203f.

Frankreich

– Dritte Französische Republik (1875) 435ff.

– Erste Französische Republik (1792) 424ff.

– 2. Kaiserreich (1852) 433ff.

– Meinungs- u. Pressefreiheit (bis 1914) 419ff.

– – (Verfassungs-)Revolution (1789–1880) 421ff.

– Monarchien 422ff.

– Napoleon Bonaparte 427f.

– Neugründung der Republik (1795) 426

– u. deutsches Grundgesetz 1f.

– Zweite Republik (1852) 432f.

Frauenrechte

– in Afghanistan 743f.

Freiheit

– der Meinungsäußerung (Türkei) 378

– kommunale Selbstverwaltung 310f.

Führung

– politische ~ (Voraussetzungen) 124ff.

– – Befähigung 124f.

– – Qualifikation 124

Führungspersönlichkeit 126f.

Funktion

– der Menschenwürde 58f.

Gaul, W. 413

Gauweiler, P. 318

Gehlen, A. 123

Gemeineuropäisches Verfassungsrecht

– kommunale Selbstverwaltung 301ff.

Georgien

s. a. Verfassungsentwicklung in ~ 387ff.

– Abchasien- u. Südossetien-Problem 416

– Erziehung, Bildung- u. Ausbildung 395f.

– europäisches ~ 409ff.

– Gewaltenteilung 415f.

– Institutionskultur 391ff.

– kulturelles Verfassungspotential 411ff.

– Minderheitenschutz 416

– Parlament 402ff.

– Präsident 404

– Präsidentialismus 415

– Rechtsprechende Gewalt 405f.

– Regierung 405

– sozialer Rechtsstaat 400ff.

– u. Deutschland

– – rechtliche Zusammenarbeit 389

– u. Russland 390f.

– Verfassung (1995) 413ff.

– – Beratung (Möglichkeiten u. Grenzen) 413ff.

– – Europa Artikel 416

– – Reformfragen 416

– – Würdigung 414ff.

– Verfassung von 1995 397ff.

– Verfassungswirklichkeit 391ff., 415

– – Bewertung 415

– Weg nach Europa 387ff.

Gerichtsbarkeit

– im türk. Verfassungsentwurf 372f.

Gerichtsentcheidungskommentare

– u. Grundgesetz (1975/80)–2009 6f.

German Basic Law

s. a. Grundgesetz

– in South Africa 73ff.

Geschichte

– politische ~ (Afghanistan) 751ff.

Gesetzesvorbehalt (Korea) 694

Gesetzgebung

– in den Vereinigten Arabischen Emiraten 660ff.

Gewaltenteilung 313

– vertikale ~ (Georgien) 415f.

Glaser, A. 251f.

Gleichheitssatz

– Verfassung von Korea 699f.

Gouverneur

– Vereinigte Arabische Emirate 653ff.

Grewe, C. 1ff.

Griechenland 53ff.

– kommunale Selbstverwaltung 302ff.

griechische Rechtsordnung

– Menschenwürde 55ff.

griechische Verfassung

– Personenhaftung 68f.

– u. Menschenwürde 53ff.

Grosser, A. 318

Grundgesetz

– Einfluss auf portugiesische Verfassung 41ff.

- französische Sicht 1 ff.
- Gerichtsentscheidungskommentare (1975/80–2009) 6f.
- Grundsätze
 - fehlende Auseinandersetzung (Frankreich) 10 ff.
- in Südafrika 73ff.
- Nachkriegszeit (1949–1960) 3ff.
- normative Verfassung (Modell) 15ff.
- u. Demokratie 137ff.
- u. Politologie (1965–1975) 5ff.
- u. spanische Verfassung 15ff.
- – Einfluss (Modelle) 18ff.
- Vorverständnisse
 - fehlende Auseinandersetzung (Frankreich) 10 ff.

Grundpflichten

- im Umweltschutz 203ff.
- türkische Verfassung (1982) 360ff.

Grundrechte

- Abwehrrechte (Brasilien) 105
- als Ewigkeitsklauseln 104
- Entscheidungen des koreanischen Verfassungsgerichtshofes (VerfGH) 691ff.
- in Spanien 21ff.
- Katalog (Korea) 697ff.
- leistungsgerechte ~ (Brasilien) 105f.
- Menschenwürde 58ff.
- prozedurale ~ (Umweltschutz) 199f.
- Regionalstatute (Italien) 451f.
- Schutzpflichten (Korea) 695ff.
- Staatskommunikation (Einfluss) 232f.
- türkische Verfassung (1982) 360ff.
- türkischer Verfassungsentwurf 372
- – Einschränkung 377
- u. Privatrechtsordnung (Korea) 695ff.

Grundrechtecharta

- Europäische ~ (Art 37) 205ff.

Grundrechtsgewährleistung (Georgien)

401f.

Grundrechtskatalog

- Verfassung Afghanistans 742f.

Grundrechtslehren (Korea)

692ff.

Grundrechtspflicht

- Menschenwürde 57f.

Grundrechtsschranken

- umweltspezifische ~ 205

Grundrechtsschutz

- in Korea 685ff.
- in Spanien 31
- Mangel (Türkei) 365f.

Grundsatz-Artikel

- Regionalstatute (Italien) 446ff.

Gruppierungen

- politische ~ (Afghanistan) 730f.

Habermas, J.

- Häberle, Peter 10, 37, 66, 111ff., 301ff., 317ff., 409ff., 443ff., 455ff.

Handlungsfreiheit

- allgemeine ~ (Korea) 698f.

Herkunftslandprinzip

242

Herrschaftsausübung

- in der Demokratie 119f.

Herrschaftskonzeption

- Grundgesetzliche ~ 119ff.

Herrschaftsmodell

- „Tun, was geschieht“ 134f.

Herrschaftssystem

- System des „sogenannten Regierens“ 132f.

Hesse, K.

313ff.

horizontale application

- Grundsatz in South Africa 77ff.

human dignity

82ff.

human rights

- international law (hierarchy) 175f.

Identitäts-Artikel

- Regionalstatute (Italien) 449

Informationsauswahl

- Medien (Kompetenz) 129

Institutionskultur (Georgien)

391ff.

Integration

- europäische ~ (Portugal) 51

Iran

748f.

Islam

- in Afghanistan 724

Islamische Republik Afghanistan

- Verfassung v. 4. 1. 2004 (Entstehung) 713ff.

Isoria, L.

387ff.

Italien

- Föderalismus 443f.
- kommunale Selbstverwaltung 303f.
- Regionalstatute 443ff.
- Steuerrecht 260ff.

Journalisten

- Macht 130, 134

Judikatur

- Staatskommunikation (Wandel) 221f.

Justiz

- von Afghanistan 747f.

Kaiserreich

- Brasilien 617f.
- Zweites ~ (Frankreich 1852) 433ff.

Kalabrien

- Regionalstatut 444, 446, 450
- – Textanhang 467ff.

Kant, I.

140

Kantone

- Steuerautonomie (Schweiz) 267ff.

- Kelsen, H.** 124
Kemalismus 368
Kirchhof, P. 319
Kommunale Selbstverwaltung
 – Bestandsaufnahme
 – – national – europäisch (Verfassungstexte) 302ff.
 – EU u. Europarat 307ff.
 – EU-Verfassungsentwürfe 308
 – gemeineuropäisches Verfassungsrecht 301ff., 309ff.
 – Gewaltenteilung 313
 – „Herzstück“ Europas 310f.
 – in nationalen Verfassungsstaaten Europas 302ff.
 – – Griechenland 302f.
 – – Italien 303f.
 – – Paulskirchenverfassung (1849) 306
 – – Schweiz (Kantonsverfassungen) 304ff.
 – Kultur der Freiheit 310f.
 – Übersee (Brasilien) 309
 – Wahlrecht für EU-Bürger 313
Kommunen
 – u. Föderation (Brasilien) 631f.
Kommunikation
 s.a. staatliche ~ 209ff.
 – allgemeine politische ~ 224ff.
 – audiovisuelle Kommerzielle ~ 243
Kommunikationsdienste 238f.
Kompetenzaufteilung
 – in der brasilianischen Verfassung 97f.
Konkordanz
 – praktische ~ 90
Konkurrenzdemokratie (Theorie) 162f.
Konstituelle Monarchie
 – in Frankreich 422f.
Konstitutionalisierung
 – des Umweltschutzes 196f.
Konstitutionsprinzip
 – Menschenwürde 56
Kooperation
 – Bund – Emirate – Verhältnis 675ff.
Kooperationsprinzip
 – im Umweltschutz 204
Korea
 – Grundrechtsschutz 685ff.
 – – verfassungsgerichtliche Entwicklung 685ff.
 – Verfassungsgerichtshof (VerfGH)
 – – Urteilsaussprüche 689ff.
 – – Verfahrensrecht 686ff.
 – – Verfassungsbeschwerde 687ff.
 – – Vorlageverfahren 687
Koreanische Verfassung
 s.a. Verfassung von Korea 692ff.
Kriege
 – Anglo-Afghanische ~ (Afghanistan) 718ff.
- Kurzberichterstattung**
 – Recht auf ~ 242
- Land**
 – Afghanistan 715f.
- Latium**
 – Regionalstatut 444, 447, 450
 – – Textanhang 482ff.
- Leben**
 – Lauf des ~ 337ff.
- Legalitätsprinzip**
 – staatl. Kommunikation 227f.
- Legitimation**
 – durch Diskurs 159f.
 – durch Expertise u. Sachverstand 163f.
- Legitimationskettenmodell**
 – Ausblick 170f.
 – immanente Widersprüche 156
 – monistisches ~ 152f.
 – normative Defizite 153f.
 – strukturelle Defizite 156f.
 – traditionelles ~ 151
- Legitimationssubjekt**
 – Volk 153f.
- Legitimität**
 – Demokratie 140ff.
 – faktische ~ 142f.
 – Input- u. Output ~ 144f., 148f.
 – Konzeptionen (Systematisierung) 142f.
 – normative ~ 142f.
 – prozedurale ~ 143f.
 – substantielle ~ 143f.
- Leistungsrechte**
 – Grundrechte (Brasilien) 105
- Ligurien**
 – Europa – Artikel 448, 451
 – Regionalstatut (Text) 577ff.
- Lissabon-Urteil (BVerfG)** 317ff.
 – Demokratieverständnis 331f.
 – Sprachstil 326f.
 – Staats- u. Souveränitätsverständnis 329
 – Tageszeitungen (Echo) 317f.
 – Würdigung (Versuch) 321f.
 – Zitierweise 325f.
- Lombardei**
 – Europa – Artikel 451
 – Regionalstatut (Text) 603ff.
- Loya Jirga** (Afghanistan) 737
- Lüth-Urteil** 168
- Maastricht II** (BVerfG) 317ff.
- Macht**
 – der Journalisten 130
- Machtmissbrauch**
 – Verhinderung 160f.
- Maliska, M. A.** 617ff.

Marken

- Regionalstatut 445, 447, 450
- – Textanhang 531ff.

Massenmedien

- Dominanz der ~ 129f.
- Nutzung 130
- Schlüsselrolle 130

Max-Planck-Direktor 342ff.**Medien**

- Anwendungsbereiche 243ff.

Medienbereich

- Konvergenz 239f.

Mediendienste

- audiovisuelle ~ (Richtlinie) 235ff.
- nicht – lineare ~ 244

Medienfreiheit

- grundrechtliche ~ 131

Mehrparteiensystem (Georgien) 398f.**Meinungsfreiheit** 168

- in Frankreich u. Belgien (bis 1914) 419ff.
- in Korea
- – Schutzbereich u. Einschränkungbarkeit 701f.
- türkische Verfassung (1982) 363f.

Mendes, G. 95ff.**Mensch**

- Mentalität 120f.

Menschenrechte

- im türkischen Verfassungsentwurf 374ff.
- in Afghanistan 744f.
- internationales Recht (Hierarchie) 175ff.
- Regionalstatute (Italien) 451f.
- Trivialisierung 121f.
- türkische Verfassung (1982) 359f.
- Verfälschung der ~ 121f.

Menschenwürde 44

- Abwehrrecht 57f.
- Begriff 60
- Bundesverfassungsgericht (Rspr.) 62ff.
- Funktion 58ff.
- Georgien 388
- Grundrechtspflicht 57f.
- historische Wurzeln 53ff.
- Idee 61
- in der deutschen Rechtsordnung 55ff.
- in der griechischen Rechtsordnung 55ff.
- in der griechischen Verfassung 53ff.
- Konstitutionsprinzip 56
- Leitfunktion 58f.
- oberster Rechtswert 59f.
- positiver Schutzauftrag (Staat) 57f.
- Realityshows 69
- Rechtsnatur 58ff.
- Regionalstatute (Italien) 451f.
- Schutzbereich 66f.
- Schutzniveau (Garantie) 66f.
- Träger der ~ 64ff.

- u. Strafrechtliche Politik 67

- u. Technologie ~ 68

Menschenwürdegarantie 59

- als Grundrecht 62ff.

Militarismus

- in der Türkei 366f.

Militärkassationshof (Türkei) 381**Militärverwaltungsgerichtshof (Türkei)** 381**Minderheitenschutz**

- in Georgien 416

Minderjährigenschutz

- in den audiovisuellen Mediendiensten 247f.

Ministerrat

- in den Vereinigten Arabischen Emiraten 649f.

Möllers, C. 319**Monarchie (Frankreich)**

- Juli- ~ 430ff.
- konstituente ~ 428ff.
- restaurierte ~ 428ff.
- Zweites Kaiserreich 433ff.

Mosler, H. 338, 343ff.**Musil, R.** 135**Nachkriegszeit**

- Grundgesetz (1949–1960) 3f.

Naem, N. 633ff.**Napoleon Bonaparte** 427f.**Nationalversammlung**

- in den Vereinigten Arabischen Emiraten 650ff.

Naumann, K. 685ff.**Neutralitätspflicht**

- staatlicher Kommunikation 215f.

Normenkontrollsysteme

- in Brasilien u. Deutschland 106ff.

normative Verfassung

- Grundgesetz 15ff.

Oberster Bundesgerichtshof

- von Brasilien 100ff., 113

Oberster Rat

- der Vereinigten Arabischen Emirate 648f.

Oberstes Bundesgericht

- der Vereinigten Arabischen Emirate 656ff.

Öffentliches Interesse

- staatl. Kommunikation 228

Öffentlichkeitskommunikation 209ff.

- Akzeptanzmanagement 211f.
- u. demokratische Politik 214ff.
- Funktionen 210f.

Olson, M. 163**Ordnung**

- bundesstaatliche ~
- – der Vereinigten Arabischen Emirate 633ff.

Österreich

- Steuerrecht 265ff.

Papadopoulou, L. 53ff.

Parlament

- von Afghanistan 746f.
- von Georgien 402ff.

parlamentarisches System

- türk. Verfassungsentwurf 373

Parteiendemokratien 26

Persönlichkeitsrecht

- allgemeines ~ (Korea) 699

Personenhaftung

- Verfassungswidrigkeit 68f.

Petersberger Abkommen 729ff.

- Auszug 754f.
- Grundlagen u. Ziele 733f.
- praktische Umsetzung 734ff.

Petersen, N. 137ff.

Pflichten

- verursacherbezogene ~ (Umweltschutz) 204

Piemont

- Regionalstatut 445, 448, 450
- – Textanhang 514ff.

pluralistische Demokratie

- kommunale Selbstverwaltung 312f.

Politik

- ethisch bestimmte ~ 127f.
- Massenmedien (Dominanz) 129f.
- Strafrechtliche ~
- – u. Menschenwürde 67
- „unpolitische“ (Phänomen) 132f.

Politiker

- Medienabhängigkeit 129f.
- Versagen? 128f.
- Unverbindlichkeit 135

politische Entscheidungen

- Rationalität 162ff.

politische Entwicklung

- Afghanistan (Tabelle) 751ff.

politische Führung

- Voraussetzungen 124ff.

politisches System

- der Türkei
- – enklavendemokratische Merkmale 366, 380f.
- – ideologische Ausrichtung 368

Politologie

- u. Grundgesetz 5ff.

Portugal 41ff.

portugiesische Verfassung

- Einfluss des Grundgesetzes 41ff.
- europäische Integration 51
- internationale Offenheit 47f.
- Menschenwürde 44
- Völkerrechtsfreundlichkeit 48f.

Präambeln

- Regionalstatute (Italien) 443ff.

Präsident

- von Afghanistan 746
- von Georgien 404f.

Präsidentialismus

- in Georgien 415

Pressefreiheit

- in Frankreich u. Belgien (bis 1914) 419ff.

Privatrechtsordnung (Korea)

- Grundrechte (Auswirkungen) 695ff.

Produktplatzierung 242f.

Publikumsinformation

- als Sanktionsinstrument 275f.

Publizität

- adverse ~ 275ff.
- Sanktions- u. Präventionsinstrument 277f.

Pufendorf, S. 53

Quadros, F. 41ff.

Querschnittsklausel

- Umweltpolitische ~ 205

Rawls, J. 167

Rausch, F. 419ff.

Realityshow

- u. Menschenwürde 69f.

Rechtsnatur

- der Menschenwürde 58ff.

Rechtsordnung

- Menschenwürde (Verankerung) 55ff.
- des Korean. VerfGH
- – Grundrechtsentscheidungen 691ff.

Rechtsprechung

- in den Vereinigten Arabischen Emiraten 667ff.
- in Georgien 405f.

Rechtsschutz

- gegen Veröffentlichung (§ 18 IV TEHG) 283f.

Rechtsstaat

- im türkischen Verfassungsentwurf 372f.
- sozialer ~ (Georgien) 400ff.

Rechtsvergleich

- Steuerwettbewerb in föderalen Staaten 251ff.

Regierung

- von Afghanistan 746
- von Georgien 405

Regierungssystem

- in Spanien 25ff.

Regionalismus

- Konstitutioneller ~ (Italien) 443ff.

Regionalstatute (Italien) 443ff.

- Bestandsaufnahme 444ff.
- Demokratie-Artikel 452f.
- Europa-Artikel 450f.
- Grundrechte 451f.
- Grundsatz-Artikel 446ff.
- Identitäts-Artikel 449

- Präambeln 444ff.
- werdende „kleine Verfassungen“ 452f.
- Textanhang 455ff.
- Regionalziele**
- grundrechtsbezogene ~ (Italien) 451f.
- Reimer, F.** 275ff.
- Republik**
- Dritte Französische ~ (1875) 435ff.
- Erste Französische ~ (1792) 424f.
- Islamische ~ (Afghanistan) 713ff., 739ff.
- Neugründung der ~ (1795) 426
- Zweite ~ (1852) 432f.
- Republik Korea** 685ff.
- s. a. Korea
- Richtervorbehalt**
- Recht auf Einhaltung 294f.
- Richtlinie**
- audiovisuelle Mediendienste (RiaM) 235ff.
- Risikoversorge**
- im Umweltschutz 204
- Russland**
- u. Georgien 390f.

- Sartori, G.** 139, 159
- Saxer, M.** 209ff.
- Scharpf, F.** 144
- Schewardnadse, E.** 413, 415
- Schmidt, H.** 135
- Schmitt Glaeser, W.** 119ff.
- Schröder, M.** 195ff.
- Schutzauftrag**
- Menschenwürde 57f.
- Schutzbereich**
- der Menschenwürde 66f.
- Schutzgüter**
- umweltrechtliche ~ 197
- Schutzniveau**
- Menschenwürde 66f.
- Schweiz**
- kommunale Selbstverwaltung 304ff.
- Steuerrecht 267ff.
- Schweizer Staatslehre**
- Staatl. Kommunikation 218f.
- Selbstbestimmung**
- informelle ~ (Art 2 I GG) 294f.
- Selbstverwaltung**
- Kommunale ~
- – gemeineuropäisches Verfassungsrecht 301ff.
- Sonderabgaben**
- in Korea 709
- South Africa**
- Grundgesetz
- – horizontal application 77ff.
- – human dignity 82ff.
- – limitation 87ff.
- – migration of constitutional ideas 91ff.
- – pluraty and dissent 73ff.
- Souveränitätsverständnis**
- des BVerfG 329
- Spanien** 15ff.
- s. a. spanische Verfassung
- Demokratie 25ff.
- Grundrechte 21ff.
- Regierungssystem 25ff.
- Steuerrecht 271ff.
- Wahlrecht 27
- Spanische Verfassung (1978)**
- Einfluss des Grundgesetz 15ff.
- Europaklausel 33ff.
- Gesetzeskontrolle 30
- Grundgesetz 18ff.
- – Einfluss (Modelle) 18ff.
- Grundrechte 21ff.
- Grundrechtsschutz 31
- supranationaler europäischer Zusammenhang 36ff.
- Verfassungsgerichtsbarkeit 29ff.
- Subjective rights**
- constitutional law of Argentine 183ff.
- Subsidiarität** 313
- Südafrika**
- s. a. South Africa
- u. Grundgesetz 73ff.
- Südostetien** 416
- Supreme Court of Justice**
- of Argentine 177
- Supremo Tribunal Federal**
- von Brasilien 100
- Staatliche Kommunikation** 209ff.
- Abwägungen 229
- Akzeptanzmanagement 21f.
- bei Wahlen 216ff.
- Deutschland – Schweiz (Vergleich) 209ff.
- gesellschaftliche Steuerung 212
- gesetzgeberische Entwicklungen 222ff.
- Grundrechte (Einfluss) 232
- Grundsätze 229, 232
- in der semidirekten Demokratie 216ff.
- Judikatur (Wandel)~ 221f.
- Legalitätsprinzip 227f.
- Neutralität? 231ff.
- Neutralitätspflicht 215f.
- normative Rahmen 226ff.
- Notwendigkeit 209f.
- Objektivität? 230f.
- Öffentliches Interesse 228
- Öffentlichkeitsarbeit 210
- Öffentlichkeitskommunikation 209ff.
- – u. demokratische Politik 214ff.
- – Empowerment 212, 216
- – Funktionen 210f.
- – Selbstkompetenz (Forderung) 212
- Phänomenologie 209
- politische Praxis u. Doktrin (Wandel) 218f.

Staatliche Kommunikation 209ff.

- Rahmenbedingungen 209ff.
- rechtsstaatliche Anforderungen 226ff.
- rechtsstaatliche Determinanten 212ff.
- Richtigkeit 229f.
- Schweizer Sicht 209ff.
- Staats- u. Gesellschaftswandel 209f.
- Transparenz u. Sachlichkeit 230
- u. Demokratie 215f.
- u. demokratische Politik (Systemvergleich) 214ff.
- vor Abstimmungen 218
- Würdigung 233f.

Staatsform

- Afghanistan 739

Staatsgewalten

- in Argentinien (Organisation) 175ff.
- in den Vereinigten Arabischen Emiraten 647ff.

Staatsgründung

- von Afghanistan 717

Staatslehre

- Schweizer ~ (Staatskommunikation) 218f.

Staatspräsident

- von Georgien 404f.

Staatsrecht

- Auslassungen (R. Bernhardt) 339f.
- internationaler Verbund 337ff.

Staatsrechtslehre

- Selbstdarstellungen 337ff.

Staatsrechtswissenschaft

- Demokratiekonzept 138

Staatsverständnis

- Vereinigte Arabische Emirate – Deutschland 647ff.

Staatszielbestimmungen

- Umweltschutz 200ff.

Staatsziele

- im türk. Verfassungsentwurf 376

Stammesgesellschaft

- arabische ~ (bundesstaatliche Struktur) 643f.

Steiner, M. 123**Stender-Vorwachs, J.** 235ff.**Steuerautonomie**

- regionale ~ (Belgien) 255

Steuerrecht

- in Belgien 253ff.
- in Deutschland ~ 256ff.
- in Italien 260ff.
- in Österreich 265ff.
- in der Schweiz 267ff.
- in Spanien 271ff.

Steuerwettbewerb

- Belgien 253ff.
- Deutschland 256ff.
- Fazit u. Ausblick 273f.

- in föderalen Staaten (Rechtsvergleich) 251ff.

Streitkräfte

- Kontrolle der ~ (Türkei) 380f.

Tabelle

- zur politischen Geschichte Afghanistans 751ff.

Taliban

- Herrschaft (Afghanistan) 722ff.

Technologie

- u. Menschenwürde 68

Teleshopping 242f.**Textanhang**

- politische Entwicklung (Afghanistan) 751ff.
- Regionalstatute (Italien) ff.
 - – Abruzzen 588ff.
 - – Apulien 456ff.
 - – Emilia Romagna 543ff.
 - – Kalabrien 467ff.
 - – Latium 482ff.
 - – Ligurien 577ff.
 - – Lombardei 603ff.
 - – Marken 531ff.
 - – Piemont 514ff.
 - – Toskana 501ff.
 - – Umbrien 562ff.
- Verfassung der Vereinigten Arabischen Emirate v. 2. 12. 1971 (Auszüge) 680ff.

Toscana

- Regionalstatut 444, 447, 450
- – Textanhang 501ff.

Träger

- der Menschenwürde 64ff.

Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG)

- adverse Publizität ~ 280ff.
- – Beurteilungsmaßstäbe 289f.
- – Rechtsschutz 283f.
- – Stärken u. Schwächen 285ff.
- – Voraussetzungen u. Form der Veröffentlichung 282ff.

Türkei

- demokratische Entwicklung 353ff.
- Demokratisierung 364f.
- polit. System 366f.
- Verfassung der Dritten Republik (1982) 354ff.
- Verfassungsentwurf 353ff., 370ff.
- Verfassungsgericht 368ff.

türkische Verfassung (1982)

- Grundrechte- u. Pflichten 360f.
- Grundrechtsschutz (Mangel) 365f.
- ideologische Ausrichtung 368f.
- Meinungsfreiheit 363f.
- Menschenrechte 359
- militaristisch-elitäre Züge 366
- Präambel 357f.

türkischer Verfassungsentwurf

- Bewertung 373f.
- Demokratisierung 379ff.
- EU-Beitrittsprozess (Einfluss) 382f.
- Gerichtsbarkeit 372f.
- Grundrechte 372, 377
- Hauptmerkmale 371f.
- Menschenrechte 374f.
- parlamentarisches System 373
- Rechtsstaat 372f.
- Staatsziele 376

türkisches Verfassungsgericht

- Kompetenzen 369f.
- Urteile (Aufflistung) 385ff.

Umbrien

- Regionalstatut 444ff., 450
- – Textanhang 562ff.

Umweltcharta

- französische ~ 199f.

Umweltinformation 199f.**Umweltinformationsrichtlinie** 279**Umweltqualität** 198ff.**Umweltrecht**

- Facetten 203f.

Umweltschutz

- Ausbildung 203f.
- Forschung 203ff.
- Gewährleistungsinhalte 198ff.
- Grundpflichten 203f.
- Grundrechtsschranken 205
- im grundrechtlichen Gewand (Analysen) 197ff.
- in den Verfassungen der EU-Staaten 195ff.
- Konstitutionalisierung 196f.
- Kooperationsprinzip 204
- Pflichten 204f.
- prozedurale Grundrechte 199
- Querschnittsklausel 205
- Risikovorsorge 204
- Schutzgüter 197
- Staatszielbestimmungen 200ff.
- – Begriff u. Bindungsgrad 200f.
- – Entwicklung (Konzept) 201f.
- – Inhalte 202f.
- verfassungsrechtliche Gewährleistung 196f.
- Zielbestimmungen (Art. 37) 205ff.

USA

- Rolle in Afghanistan 731f.

Vereinigte Arabische Emirate (VAE) 633ff.

- Ausgabenlasten (Verteilung) 672f.
- bundesstaatliches Konzept (Merkmale) 639f.
- – Mittel zum Zweck 641f.
- – traditionelle arabische Stammesgesellschaft 643f.

- Einnahmequellen 671f.
- Entstehung (1971) 636ff.
- Erdölreserven 670
- Gründung der Bundesrepublik Deutschland (Vergleich) ~ 636f.
- Finanzordnung 669ff.
- Kompetenzverteilung (System) 659f.
- Kooperation Bund-Emirate 675f.
- – Gesetzgebung 660ff.
- – Rechtsprechung 667f.
- – Verwaltung 664ff.
- Souveränität u. Staatlichkeit (Bund-Einzelemirate) 644f.
- Staatsgewalten 647ff.
- Staatsverständnis 647ff.
- wirtschaftliche Autarkie (Verfassungsprinzip) 670
- wirtschaftliche Verhältnisse (Ausbalancierung) 673ff.

Vereinte Nationen (UNO)

- Rolle in Afghanistan 732

Verfassung

- Afghanistan 713ff.
 - s. a. Verfassung der Islamischen Republik Afghanistan
- – Auswertung 738f.
- – ethnische Parität (Umsetzung) 745f.
- – Grundrechtskatalog 742f.
- – Islamische Republik 739ff.
- – Justiz 747f.
- – Parlament 746f.
- – Präsident 746
- – Regierung 746
- – Rückblick 715ff.
- – Zivilgesellschaft (Entwicklung) 749ff.
- andere islamische Verfassungen (Vergleich) 748ff.
- – Ägypten 748
- – Iran 748f.
- Belgiens (1831) 437ff.
- Brasiliens
 - – Föderalismus (Geschichte) 622ff.
 - – Brasilien 95ff.
 - s. a. brasilianische Verfassung
- Korea 692ff.
- – Gesetzesvorbehalt 694f.
- – Grundrechte (Katalog) 697ff.
- Portugal 41 ff.
 - s. a. portugiesische Verfassung
- als Kultur (Georgien) 411ff.
- normative ~ (Grundgesetz) 15f.
- der Dritten Republik (Türkei) 1982) 731ff.
- – Grundrechte 360f.
- – Grundrechtsschutz (Mangel) 365f.
- – Meinungsfreiheit 363f.
- – Menschenrechte 359

Verfassung

- – Präambel 357f.
- der Islamischen Republik Afghanistan 713ff.
- der Vereinigten Arabischen Emirate
 - Bundesgewalten 647ff.
 - bundesstaatliche Ordnung 633ff.
 - Finanzordnung 669ff.
 - Gouverneur 653ff.
 - Kompetenzverteilung (System) ~ 659f.
 - Ministerrat (Stellung) 649f.
 - Nationalversammlung 650ff.
 - Oberster Rat (Machtzentrum) 648f.
 - Oberstes Bundesgericht 656ff.
 - Textanhang (Auszüge) 680ff.
- Georgiens (1995) 397ff., 413 ff.
- Demokratie 398ff.
- Europa-Artikel 416
 - Hauptprinzipien 397ff.
 - Mehrparteiensystem 398ff.
 - Parlament 402f.
 - Präsident 404f.
 - Rechtsprechung 405f.
 - Regierung 405
 - Sozialer Rechtsstaat 400ff.
- Verfassungsberatung
 - Möglichkeiten u. Grenzen 413ff.
 - Würdigung 414ff.

Verfassungsbeschwerde

- in Korea 687f.

Verfassungsentwicklung von (Georgien)
387ff.

- Erziehung – Bildung – Ausbildung 395ff.
- Legitimität – Identifizierung – Integration 393ff.

Verfassungsentwurf

s. a. türkischer ~

- türkischer ~ 353ff., 370ff.

Verfassungsgericht

- der Türkei 368ff.
- – Urteile (Auflistung) 385

Verfassungsgerichtsbarkeit

- in der span. Verfassung 29ff.

Verfassungsgerichtshof

- von Korea
 - Gesetzesvorbehalt 694
 - Grundrechte 695f.
 - Grundrechtsentscheidungen 691ff.
 - Prüfungsaufbau- u. maßstab 692ff.
 - Schrankenvorbehalt 692f. V
 - Verfahrensarten 686ff.
 - Verfahrensrecht 686ff.
 - Verordnungsermächtigung 694f.
 - Wesentlichkeit 694f.

Verfassungsklage 51**Verfassungskultur**

- der Türkei 354ff.

Verfassungspotential

- kulturelles ~ (Georgien) 411ff.

Verfassungsprozess

- in Afghanistan 737f.

Verfassungsprozessrecht

- in Korea 686ff.
- – Unvereinbarkeitserklärung 690ff.
- – Urteilsansprüche 689ff.
- – Verfassungsbeschwerde 687f.

Verfassungsrat 10, 12**Verfassungsrecht**

- gemeineuropäisches ~
 - kommunale Selbstverwaltung 301ff., 309f.
 - französisches ~ 6
 - im außereuropäischen Raum 617ff.
 - im europäischen Raum (Entwicklung) 353ff.
 - in Argentinien (Aspekte) 173ff.

Verfassungstradition

- Afghanistan 725f.

Verfassungsvergleich

- Vereinigte Arabische Emirate 633ff.

Verfassungsverständnis

- kulturwissenschaftliches ~ (Georgien) 387ff.

Verfassungswidrigkeit

- beschränkte ~ (Korea) 689f.
- der Personenhaftung (griech. Verfassung) 68ff.
- in Georgien 391ff.

Verfassungswirklichkeit

- in Georgien (Bewertung) 415

Verhältnismäßigkeit

- Staatl. Kommunikation 228

Verordnungsermächtigung in Korea 649ff.**Versammlungsfreiheit**

- in Korea 704f.

Verwaltung

- in den Vereinigten Arabischen Emiraten 664ff.

Verwaltungsrecht

- adverse Publizität 275ff.
- – Anwendungsfelder 276f.

Vielvölkerstaat

- Afghanistan 716

Völkerrecht

- Enzyklopädie des ~ 345f.

Völkerrechtsfreundlichkeit 48**Volk**

- als Legitimationssubjekt 153
- Folgebereitschaft 120f.

Volksabstimmung

- Staatl. Kommunikation 218

Vorlagenverfahren

- in Korea 687

Wahlrecht

- in Spanien 27

Walter, T. 731ff.

Weber, M. 142f.

Werbung 242f.

Yildiz, H. 353ff.

Zensurverbot

– in der Verfassung von Korea 703f.

Zitierweise

– des BVerfG (Lissabon-Urteil) 325f.

Zivilgesellschaft

– in Afghanistan (Entwicklung) 749ff.

Zusammenarbeit

– rechtliche ~ (Deutschland-Georgien) 389

Zusammenhang

– supranationaler europäischer ~ 36f.

Zusammensetzung

– der Entscheidenden (Demokratietheorie) 147

Zweites Kaiserreich (Frankreich) 433ff.